

**Ergebnisprotokoll
der 17. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und
Energie vom 06.12.2012**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.40 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Jägers
Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Musiol
Herr Eickhoff
Herr Block
Herr Dr. Vogt
Herr Dr. Kountchev
Frau Kamp
Frau Odenkirchen
Frau Rüpke
Herr Viering
Herr Polzin
Herr Klugkist
Frau Kornblum
Frau Schumpp
Herr Wunsch
Frau Köhnlein
Frau Urban
Herr Kurz
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

ASV

III Gäste

Herr Becker	Umweltschutzamt Bremerhaven
Herr Bohr	Vorsitzender Fluglärmkommission
Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter

IV Gastdeputierte

Herr Sulimma	SPD
Herr Saxe	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Werner	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Neumeyer	CDU

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 17. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 0	Nachwahl für den Vergabeausschuss	
--------------	--	--

Herr Pohlmann schlägt vor, anstelle von Herrn Schmitz als Mitglied für den Vergabeausschuss Herrn Rainer Hamann zu wählen.

Beschluss:

Die Deputation wählt Rainer Hamann anstelle von Frank Schmitz zum Mitglied des staatlichen Vergabeausschusses.

- einstimmig -

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

TOP 8 a) Bericht zum CO₂- Monitoring wird zurückgezogen

TOP 8 d) Sanierung öffentlicher Gebäude und CO₂- Einsparung wird zurückgezogen

Nachtrag:

TOP 7 a) Ausbau der Cherbourger Straße in Bremerhaven, Realisierungsphase

Herr Imhoff kritisiert zum wiederholten Male die Fülle und Kurzfristigkeit der Tischvorlagen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

- einstimmig -

	Genehmigung des Protokolls 18/16 vom 08.11.2012	
--	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

- einstimmig -

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Herr Jägers bittet darum den Nachfolgebericht zu den Geschwindigkeitsmesstafeln in die Liste aufzunehmen.

Die Liste wird entsprechend ergänzt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

- einstimmig -

TOP 4	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 30.09.2012 -1-	Vorlage 18/198	L/S
--------------	--	-------------------	-----

Herr Hipp fragt nach den Erwartungen zur Entwicklung der Regionalisierungsmittel zum Jahresende. Er möchte wissen, welche Maßnahmen getroffen werden, um die Zielvorgaben der Personalzahlen zum Jahresende zu erreichen. Er weist auf Überschreitungen der Leistungsziele beim BBN um über 4000% hin und möchte erläutern, wie solche Abweichungen von den Planwerten zustande kommen.

Frau Rüpke führt aus, dass hinsichtlich der investiven Einnahmen erwartet wird, dass zum Jahresende das Planziel erreicht wird.

Mit allen Fachbereichen wurden Personalkontrakte geschlossen. Von drei freien Stellen würden derzeit durchschnittlich zwei Stellen wieder besetzt. Die Fachbereiche prüfen im Gegenzug Optimierungsmöglichkeiten bei den Arbeitsabläufen. Die Personalzielvorgaben werden voraussichtlich zum Jahresende erreicht. Im vorliegenden Bericht ergebe sich eine Differenz, die aus der unterjährigen Darstellung resultiert, da refinanzierte Stellen noch nicht berücksichtigt wurden.

Im Bereich des BBN sei vermutlich ein vorher noch nicht bekanntes Großbauvorhaben Auslöser für die Planwertüberschreitung.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 5	Selbstbewirtschaftungsmittel für das Sondervermögen Infrastruktur nach §13 Absatz 2 Nr. 10 Haushaltsgesetz Land bzw. § 12 Absatz 2 Nr. 10 Haushaltsgesetz Stadt -1-	Vorlage 18/202	L/S
--------------	---	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt zu, dass die Haushaltszuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur im Jahr 2012 als Selbstbewirtschaftungsmittel bereitgestellt und entsprechende Haushaltsvermerke angebracht werden und bittet um Weiterleitung des Antrags über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss.

- einstimmig -

TOP 6	Abwasserabgabe (AbwAG) und Wasserentnahmegebühr (BremWEGG) -Bericht über die geplante Mittelverwendung 2013 -3-1-	Vorlage 18/192
-------	---	-------------------

Herr Strohmann fragt, inwieweit nachprüfbar sei, dass die Mittel zweckgebunden eingesetzt würden.

Frau Dr. Schaefer äußert die Sorge darüber, dass die Mittel künftig absinken könnten, z.B. im Zusammenhang mit der Stilllegung von Kraftwerksblöcken und die Finanzierung für wichtige Projekte wie beispielsweise „Lebensader Weser“ gefährdet sei. Es handele sich dabei um wünschenswerte und wichtige Projekte, die fortgeführt werden müssten.

Herr Liess möchte wissen, weshalb die Einnahmen und die Entnahme aus den Rücklagen zusammen geringer seien, als die veranschlagten Ausgaben.

Frau Rüpke verweist dazu auf den Posten „Verpflichtungen aus dem Vorjahr“, dies einbezogen seien beide Summen deckungsgleich.

Herr Musiol führt aus, dass die Rücklagen nach der bisherigen Planung bis ca. 2015 ausreichen würden. Er erwarte, dass der Mittelabfluss geringer ausfalle, als in der Vorlage geplant und damit die Rücklage möglicherweise auch etwas länger reichen würde. Bei den Mitteln aus der Abwasserabgabe werde keine wesentliche Änderung der Einnahmensituation erwartet, wohl aber bei den Mitteln der Wasserentnahmegebühr. Die Folge sei, dass künftig weniger Projekte finanziert werden könnten.

Das Projekt Lebensader Weser solle aus der Abwasserabgabe finanziert werden, dieser Finanzierungsanteil sei daher sicher. Probleme könne es bei der Finanzierung aus EFRE-Mitteln geben.

Auf Rückfrage von **Herrn Jägers** erklärt er, dass über die Ausgestaltung der Förderbescheide und Verwendungsnachweise sicher gestellt würde, dass bei den mit der Ausführung beauftragten Firmen der Mindestlohn eingehalten würde.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zur Verwendung der Mittel aus der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr für das Jahr 2013 zur Kenntnis und stimmt dem Ausgabenplan 2013 einschließlich der geplanten Rücklagenentnahme bei der Abwasserabgabe in Höhe von 3,7 Mio. € und bei der Wasserentnahmegebühr in Höhe von 3,3 Mio. € zu.

- einstimmig -

TOP 7	Ausweitung der Großraum- und Schwertransporte auf die 5. Transportnacht -5-	Vorlage 18/190
-------	---	-------------------

Herr Arndt wird der Vorlage trotz Bedenken zustimmen.

Herr Jägers berichtet, dass die SPD auch über die Öffnung der 6. Transportnacht diskutiert habe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt einer Erlassregelung mit den dargestellten Inhalten zu.

- einstimmig -

NACH-TRAG TOP 7a	Ausbau der Cherbourger Straße in Bremerhaven, Realisierungsphase -5-	Vorlage 18/203
-----------------------------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Inhalt der anhängenden Senatsvorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der Planungsmittelerhöhung i. H. von 9,99 Mio. EUR und der in der Vorlage dargestellten Finanzierung der Planungsmittel für 2013 bis 2019 zu.

- einstimmig -

TOP 8	Berichte der Verwaltung	
TOP 8a)	Bericht zum CO2-Monitoring -21-	BdV schriftlich

- zurückgezogen -

TOP 8b)	Wärmeatlas für Bremen und Bremerhaven -21-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

-zurückgezogen-

TOP 8c)	Konzept zur Reduzierung von Fluglärm am Flughafen Bremen -2-	BdV schriftlich	L/S
----------------	--	--------------------	-----

Die Deputation erteilt zu diesem TOP Herrn Bohr als Vorsitzenden der Fluglärmkommission einstimmig das Rederecht.

Frau Dr. Schaefer begrüßt grundsätzlich eine Staffelung der Gebühren nach Tageszeiten, wie auch im Bürgerschaftsbeschluss gefordert. Sie befürwortet aber eine Evaluierung bereits nach einem Jahr. Fraglich sei auch, ob die Höhe der Gebühren tatsächlich eine abschreckende Wirkung entfalten könne.

Herr Gottschalk möchte wissen, in welchem Verhältnis die Gebühren zu den Kosten eines Fluges insgesamt stehen.

Herr Arndt hält die Klärung dieser Frage für wichtig und befürwortet eine möglichst frühzeitige Evaluierung. Er ist der Ansicht, dass dann eine drastische Erhöhung der Gebühren erfolgen müsse, um eine abschreckende Wirkung zu erreichen.

Herr Senator Lohse wird diese Anregungen und Fragen an den zuständigen Senator für Wirtschaft und Häfen weiterleiten.

Herr Bohr bedankt sich für die Möglichkeit, in der Deputation dazu Stellung zu nehmen. Die Fluglärmkommission habe sich in den letzten Jahren mehrfach mit dem Thema befasst und die hohe Anzahl der Flugbewegungen zwischen 22 und 6 Uhr, im letzten Jahr über 2000, kritisiert und eine restriktivere Handhabung der Ausnahmen gefordert.

Studien würden zeigen, dass die gesundheitlichen Belastungen durch Nachtflüge erheblich seien. Daher habe das BMU die Empfehlung für städtische und stadtnahe Flughäfen herausgegeben, von 22 bis 6 Uhr keine Flugbewegungen stattfinden zu lassen. Die Vorlage sei sicher ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht konsequent genug, weil die Aufschläge sehr gering seien. Ein Aufschlag von 20% nach 22:30 entspräche 101 €. Bei den home-Carriern betrage der Aufschlag bis 0 Uhr 50 % und damit 254€. In Relation entspräche dies den Kosten für einzelne bis wenige Flugminuten. Damit könne keine Lenkungswirkung erzielt werden.

In Hamburg erfolge beispielsweise ab 22 Uhr ein Aufschlag von 100% und ab 23 Uhr von 200%. Die sei eine Grenze, ab der eine finanzielle Lenkungsfunktion angenommen werden könne.

Zur Herstellung von Öffentlichkeit sei bereits 2009 von der Fluglärmkommission eine Teilöffentlichkeit der Sitzungen beantragt worden. Der Senator für Wirtschaft und Häfen habe als Genehmigungsbehörde dazu beim BMVBS angefragt. Das BMVBS habe dies zwar kritisch gesehen, aber nicht abgelehnt, wie es in der Vorlage dargestellt worden sei. Er plädiere weiterhin für eine (Teil-)Öffentlichkeit der Sitzungen der Fluglärmkommission.

Herr Hamann bittet darum, weiter auf eine Öffentlichkeit der Sitzungen hinzuwirken.

Frau Dr. Schaefer ergänzt, dass über die von den Ressorts in die FLK entsandten Vertretern auf eine Änderung der Geschäftsordnung hin zu mehr Öffentlichkeit gedrängt werden solle.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von der Vorlage und dem Beschluss der Deputation für Wirtschaft und Häfen Kenntnis.

-Einstimmig-

TOP 8d)	Sanierung öffentlicher Gebäude und CO2-Einsparung -21-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

- zurückgezogen-

TOP 8e)	Europäischer Tag der Meere 2014 (EMD) - Bremen als Ausrichter -20- / -32-1-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Herr Hipp begrüßt die Veranstaltung. Er möchte wissen, welche Möglichkeiten für die Deputation bestehen, Themen einzubringen.

Frau Schumpp sagt, dass der Focus seitens SUBV vor allem auf dem Thema Offshore Windenergie liege. Inwieweit weitere Themen beispielsweise über die Deputation eingebracht werden könnten, müsse mit dem federführenden Wirtschaftsressort geklärt werden.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Schaefer** betont **Herr Senator Lohse**, dass sich das Ressort eben auch deshalb finanziell an der Veranstaltung beteiligt, um gerade die ökologischen Folgen einer wirtschaftlichen Nutzung der Meere und den Meeresschutz mit in den Focus zu bringen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- einstimmig –

TOP 8f)	Energiespar-Contracting in bremischen Dienststellen -21-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Frau Dr. Schierenbeck bedankt sich für den Bericht und hofft, dass auch weiterhin Projekte für das Energiesparcontracting gefunden werden würden. Dieses habe einen positiven ökologischen Effekt ohne Risiken für den Haushalt.

Herr Gottschalk problematisiert, dass sich die Senatorin für Bildung nicht weiter beteiligen möchte. Hier seien weitere Gespräche nötig.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von dem Bericht der Verwaltung Kenntnis.

- einstimmig –

TOP 8g)	Bienensterben -31-	BdV schriftlich
----------------	------------------------------	--------------------

Frau Dr. Schaefer bedankt sich für den Bericht. Auf Bundesebene müssten die Auswirkungen der Neonicotinoide auf Bienen weiter untersucht und erforderlichenfalls verboten werden. Für Bremen stelle sich die Frage, inwieweit beispielsweise über den UBB vermehrt bienenfreundliche Pflanzen in öffentlichen Anlagen gepflanzt werden. Weiter müsse eine Forderung sein, dass in Bremen keine Biogasanlagen mit Mais oder Pflanzen aus anderen Monokulturen betrieben werden dürfen. Die extensive Landwirtschaft müsse auch in Bremen erhalten bleiben.

Herr Jägers weist darauf hin, dass das die Bienenhaltung fachlich beim Senator für Wirtschaft und Häfen angesiedelt sei. Die Bundesregierung habe 2011 versäumt, im Zuge der Überprüfung von Glyphosphat eine Neubewertung zu veranlassen. Dieses Mittel sei nun bis 2025 weiter zugelassen. Es werde vermutet, dass dadurch Insekten und damit auch Bienen geschädigt werden.

Herr Saffe erinnert daran, dass die Deputation beschlossen habe, für die geplanten Biogasanlagen der ENO und des UBB eine Befruchtung mit Mais auszuschließen.

Herr Saxe schlägt vor, ungenutzte Gewerbeflächen zwischenzeitlich als Bienenweide zu begrünen.

Herr Klugkist berichtet, dass brachliegende Gewerbeflächen sehr schnell mit Magerrasen besiedelt würden und damit bereits für Bienen zur Verfügung stünden. Neben der Honigbiene gebe es zahlreiche Wildbienenarten, für diese sei wiederum der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zuständig. Maßnahmen des Naturschutzes, wie der konsequente Schutz des extensiv genutzten Feuchtgrünlandrings dienen auch dem Schutz der wild lebenden Bienen und Wespen. Eine Vermaischung von landwirtschaftlichen Flächen werde in Bremen durch die entsprechenden Schutzverordnungen ausgeschlossen.

Das Projekt „Bremen blüht auf“ sei gerade erst beantragt, ein Bericht dazu noch nicht möglich. Es sei aber unter Einbindung des UBB geplant, in öffentlichen Grünanlagen für mehr Bienenfreundlichkeit zu sorgen. Dies sei nicht neu, beispielsweise würden unter dem Stichwort „Schmetterlingstankstellen“ seit vielen Jahren Flächen insektenfreundlich gestaltet.

Frau Dr. Schaefer beantragt, den Bericht an die Deputation für Wirtschaft und Häfen weiterzuleiten.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und bittet um Überweisung an die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Einstimmig

TOP 8h)	Entwicklung der Tideniedrigwasserstände in der Ochtum -3-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Herr Imhoff äußert Verwunderung darüber, dass sich nach diesem Bericht der Wasserstand nicht verändert haben solle, er aber optisch klar erkennen könne, dass vermehrt Bewuchs in der Ochtum vorhanden sei.

Herr Wunsch wird Herrn Imhoff die genauen Standorte der Pegel zukommen lassen. Er weist darauf hin, dass über die Pegelstände lediglich der Wasserstand über Normalnull (NN) gemessen werde. Inwieweit sich möglicherweise der Grund der Ochtum, evtl. durch Verschlammung, erhöht habe, könne damit nicht gesagt werden. Auf **Nachfrage von Frau Dr. Schaefer** erklärt er, dass im Zusammenhang mit der geplanten Weservertiefung ein zusätzlicher Pegel eingerichtet wurde, um die Frage zu klären, inwieweit sich die Pegelstände der Ochtum verändern könnten. Es wird jedoch keine signifikante Änderung erwartet.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

-einstimmig-

TOP 8i)	Verordnung über die Festsetzung der Hochwasserschutzlinie im Land Bremen - 34-3-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

-einstimmig-

TOP 8j)	Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 15. Mai 2012 (Drucksache 18/419) -5-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Herr Strohmann findet den Betrag von 80.000€ für die Erstellung eines Konzeptes unangemessen. Viele Verkehrsbetriebe würden von einem solchen Mobilitätskonzept profitieren.

Herr Jägers erklärt, dass die genannte Summe eine Obergrenze darstelle. Das künftige Konzept inklusive der Finanzierung werde der Deputation zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Saxe hält diesen Betrag für gut angelegt, zumal damit Neubürger dazu angeregt würden, alte Gewohnheiten zu ändern und ihr Mobilitätsverhalten zu überdenken. Eine Beteiligung anderer Träger werde geprüft, dadurch könne sich die Summe auch noch reduzieren.

Herr Polzin erläutert, dass ein solches Konzept ein effizienter Weg sei, Verkehrsverhalten nachhaltig zu verändern. Es sei wesentlich kostengünstiger als der kaum mehr finanzierbare Aus- und Umbau der städtischen Verkehrsinfrastruktur. Mit diesem Konzept sollen auch die Bevölkerungsgruppen erreicht werden, die bisher wenig über ökologisches Verkehrsverhalten nachgedacht haben.

Bisher habe nur München ein solches Konzept, dies sei aber wenig vergleichbar, da die finanzielle Ausstattung der Kommune München deutlich besser sei und diese außerdem wesentlich höhere Zuzugsraten habe.

Die BSAG werde sich an der Finanzierung und der Erstellung des Konzeptes beteiligen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

- einstimmig -

TOP 9	Verschiedenes	
TOP 9a	Frau Dr. Schierenbeck bittet um Vorlage des Berichtes zum Wärmeatlas	

Der Bericht wird Mitte 2013 vorgelegt

TOP 9b	Herr Gottschalk begrüßt das Projekt „Bremen blüht auf“ und bittet um einen Bericht über die Maßnahmen und Ergebnisse dieses Projektes.	
--------	---	--

Der Bericht wird vorgelegt sobald ausreichende Ergebnisse vorliegen.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 17. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll